

SÜDAFRIKA

Dr. Werner Böhler | KAS-Auslandsbüro, Johannesburg

Die Reaktionen auf das Atomunglück in Japan als Folge der verheerenden Flutkatastrophe und des vorausgegangenen Erdbebens wird in Südafrika relativ gelassen aufgenommen. Die Bevölkerung ist erschüttert, zeigt allerdings keinerlei panikartige Reaktionen. Lediglich kleinere Gruppen demonstrieren vor den Gebäuden des staatlichen Monopol-Versorgers Eskom gegen Nuklearenergie und in Solidarität mit der japanischen Bevölkerung. In den Medien wird ausführlich und z.T. über mehrere Seiten, jedoch weitgehend sachlich und eher emotionslos, berichtet. Die Bildeindrücke sowohl im Fernsehen als auch in den Printmedien vermitteln jedoch das Ausmaß der Katastrophe. Präsident Jacob Zuma hat Japan die Solidarität Südafrikas zugesichert. Die Regierung hat unmittelbar nach dem Erdbeben und dem Tsunami Rettungstrupps mit Spürhunden zusammengestellt. Bereits zu Beginn dieser Woche wurden die Rettungskräfte in das Katastrophengebiet in Japan geflogen, die bei der Suche nach Überlebenden helfen sollen. Hilfslieferungen mit Medikamenten und technischem Gerät wurden für den Transport nach Japan zusammengestellt. Private Spenden umfassen Trinkwasser, Decken, Zelte, Kleider und medizinische Artikel. Im Unternehmenssektor wurden große Geldspenden für Hilfsgüter zwischen eine Million ZAR (*Netcare*), 500.000 ZAR (MTN) und 250.000 ZAR (*Core Group*) bereitgestellt.

Auf die Energiepolitik des Landes dürfte das schwere Unglück in den Reaktoren des Fukushima-Kraftwerks kaum unmittelbare Auswirkungen haben. In Südafrika steht das einzige AKW in der Region, das vom Staatskonzern Eskom betrieben wird. Das AKW in Koeberg, das am Rand von Kapstadt liegt, besteht aus zwei Druckwasserreaktoren mit jeweils 900 MW, die 1984 bzw. 1985 in Betrieb gegangen sind. Ein weiterer Kugelhaufenreaktor, an dessen Bau deutsche Unternehmen maßgeblich beteiligt sein sollten, war auf dem Gelände vorgesehen. Proteste aus der Bevölkerung gegen die Planungen gingen über einige kritische Stimmen und Fachbeiträge nicht hinaus. Diese Planungen wurden 2010 eingestellt, nachdem Eskom die Finanzierung strich und sich keine privaten Investoren fanden. An Stelle des AKW wurde mit dem Bau von zwei zusätzlichen Kohlekraftwerken begonnen, womit der Anteil von Kohlestrom auf 90 Prozent ansteigt. Die

restlichen zehn Prozent stammen aus einem Energiemix, bestehend aus nuklearer Energie, Wasserkraft und Erneuerbaren Energien. Heftig umstritten war die Vergabe eines Weltbankkredits für die beiden KW, da die südafrikanische Kohle extrem umweltbelastend ist.

Der im November 2010 veröffentlichte *National Growth Path* (NGP) nennt mehrmals *Green Economy* als Wachstumsmotor für die Zukunft. Das schließt den Energiesektor ein. Allerdings bleibt der NGP unverbindlich in Bezug auf die Zeitachse und die konkreten Schritte zur Umsetzung der Ziele.

Mittel- und langfristig hat sich die Regierung mit dem *Integrated Resource Plan* festgelegt, der 2010 an die Öffentlichkeit kam, vom Parlament jedoch noch nicht verabschiedet ist. Nach diesem *20-Year Electricity Master Plan* sollen 23 Prozent Energie aus AKW stammen, 42 Prozent aus erneuerbaren Energien und 15 Prozent aus Kohlekraftwerken. Während Energieminister Dipuo Peters Flexibilität bei der Umsetzung des Plans in Abhängigkeit von der Zielüberprüfung hinsichtlich der Kosten und Realisierbarkeit sieht, stellte Department Director-General Nelisiwe Magubane fest, dass 9.600 MW der insgesamt produzierten Energie in den nächsten zwanzig Jahren aus Kernkraft gewonnen werden soll. Anfang dieser Woche gab die Regierung eine Stellungnahme dahingehend ab, dass von der geplanten Ausweitung der Nutzung nuklearer Energie nicht abgerückt werde. (*The Star* vom 18. März 2011: „State pushes ahead with nuclear plans-Japanese crisis no deterrent in meeting power needs“, S. 8)

In der Zivilgesellschaft und bei der informierten Bevölkerung ist ein gesteigertes Bewusstsein in Bezug auf Klimawandel und Energiepolitik zunehmend zu beobachten. Die Medien haben teilweise Sonderseiten (insbesondere die Wochenzeitung *Mail&Guardian*) zu diesen Themen. Wasserknappheit, Klimaveränderungen und deren Auswirkungen, Umweltbelastung und auch die Frage der Energiegewinnung sind Themen, die mittlerweile durchaus kritisch diskutiert werden. Allerdings kann sich an diesen Diskussionen ein großer Teil der Bevölkerung wegen mangelhafter Bildung als Folge des defizitären Bildungssystems

nicht beteiligen. Ein wenig dürfte dazu auch die Debatte um eine nachhaltige WM 2010 beigetragen haben, bei der das KAS-Büro in Südafrika eine führende Rolle spielte. COP 17 im November/Dezember 2011 in Durban dürfte ebenfalls bewusstseinbildend wirken.

Der Staatsmonopolist Escom versucht es derzeit mit einer Charmeoffensive. Eine Windfarm mit einer Kapazität von 100 MW soll an der Westküste entste-

hen. Ebenfalls 100 MW soll eine Solaranlage in der Provinz Northern Cape liefern. Waren diese Projekte zunächst wegen fehlender Finanzmittel auf Eis gelegt worden, soll jetzt ein Kredit der *African Development Bank* (AfDB) deren Realisierung sichern. „With funding assured, Escom goes green“, lautet eine Überschrift dazu im *Business Day* vom 17. März 2011, S. 14. Allerdings sind die Größenordnungen, gemessen am Gesamtbedarf, gering.

JORDANIEN

PD Dr. Martin Beck, Anna Sunik | KAS-Auslandsbüro, Amman

Auf der Basis einer Analyse der jordanischen Presseagentur *Petra*, der wichtigsten jordanischen Tageszeitungen wie *Jordan Times*, *Al-Ghad*, *Ad-Dustour*, *ar-Ra'î* und *al-Arab al-Yawm* inklusive Leserbriefen und Kommentaren zu Artikeln sowie einer Auswahl an Twitter- und Facebook-Komentaren, Youtube-Beiträgen und Blogs lässt sich generell ein lediglich mäßiges Interesse am japanischen Kernkraftwerksunglück und vor allem an etwaigen politischen Folgen ablesen. Während die Meldungen am Tag der Katastrophe und einige Tage darauf noch die Schlagzeilen der ersten Seite füllen konnten, hat die Berichterstattung inzwischen eher sporadischen Charakter angenommen. Angesichts der aktuellen historischen Umwälzungsprozesse im Nahen Osten ist die allgemeine Aufmerksamkeit ungeachtet der dramatischen Ereignisse in Japan weitgehend auf die arabische Welt bezogen. Auch die regelmäßig in Jordanien stattfindenden Proteste der Bevölkerung sind weiterhin auf die unmittelbare wirtschaftliche und politische Situation in Jordanien und dem Nahen Osten beschränkt und weitgehend unbeeinflusst von den Ereignissen in Japan. Die offiziellen Medien berichteten größtenteils über die Faktenlage (Anzahl der Toten, Verletzten und Vermissten) und gaben die Einschätzung von Wissenschaftlern wieder. Eine wichtige Schlagzeile, die in den meisten Medien zitiert wurde, bezog sich auf den Gefährdungsstand der jordanischen Bevölkerung, der als gering erachtet wurde.

Abgesehen von offiziellen Erklärungen des Königshauses kamen Solidaritätsbekundungen und Empathie vor allem in Lesercommentaren und Twitter-Einträgen zum Ausdruck, verbunden mit Dankbarkeit über die eigene Unversehrtheit, häufig in religiösen Formeln bekundet. Am 14. März kam es vor der japanischen Botschaft in Amman zu einer Solidaritätsdemonstration.

Eine Politisierung des Themas beschränkt sich auf einzelne Leserbriefe und Blog-Einträge. Ganz überwiegend blieben die offiziellen Pläne der jordanischen Regierung, bis 2035 60 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie zu decken, unkommentiert – und das, obwohl erst im Januar 2011 ein Artikel des *World Tribune* darauf aufmerksam machte, dass das geplante Kernkraftwerk in einer erdbebengefährdeten Zone läge. Auf der offiziellen Webseite der *Jordan Atomic Energy Commission* findet sich keinerlei Kommentar, und auch die *Jordan Engineers Association*, die für September 2011 eine Internationale Energiekonferenz zum Thema Nuklearenergie anberaumt hat, hat bisher nicht reagiert.